

# Trister Rekord

In Spanien nehmen die Abtreibungen zu. Stärker als in jedem anderen Land der Europäischen Union. Trotzdem will die Sozialistische Regierung unter Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero die gesetzlichen Bestimmungen, mit denen die vorgeburtlichen Kindstötungen auf der iberischen Halbinsel geregelt werden, weiter liberalisieren.

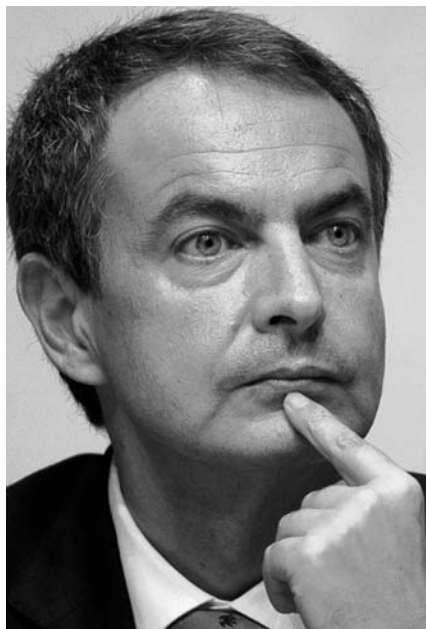
Von Regina Einig

Die Anfang November veröffentlichten Zahlen des spanischen Gesundheitsministeriums sprechen eine eindeutige Sprache: 115.812 Frauen haben im vergangenen Jahr in Spanien ein Kind abtreiben lassen, mehr als je zuvor. Mit einer Zunahme von 3,27 Prozent im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet die iberische Halbinsel den höchsten Zuwachs an Schwangerschaftsabbrüchen in der Europäischen Union. Von den Frauen, die 2008 in Spanien abtreiben ließen, war die Hälfte zwischen 20 und 24 Jahren alt. 23 Prozent aller Frauen, die eine Abtreibung durchführen ließen, hatte bereits einen Schwangerschaftsabbruch hinter sich, 68 Prozent aller Betroffenen waren ledige Mütter. Auffallend hoch ist der Anteil der Einwanderinnen: 45 Prozent der Frauen, die sich gegen ihr Kind entschieden, stammte nicht aus Spanien. Mit Blick auf 15.000 Abtreibungen bei Teenagern kritisieren Lebensschützer und Kommentatoren das Scheitern der Aufklärungskampagnen der Regierung. Abtreibung sei in Spanien zum Verhütungsmittel geworden. Der Präsident des Instituts für Familienpolitik, Eduardo Hertfelder, rechnet mit einem weiteren drastischen Anstieg der Schwangerschaftsabbrüche in Spanien, falls die sozialistische Regierung ihren Gesetzesentwurf zur Liberalisierung der Abtreibung durchsetzt. Er sieht vor, dass Minderjährige ab 16 Jahren der Gesetzesvorlage zufolge ohne Zustimmung ihrer Eltern abtreiben dürfen sollen. Auch unter Anhängern der regierenden Sozialistischen Arbeiterpartei PSOE ist das Gesetz aus diesem Grund umstritten.

Ende September hatte das Kabinett eine Gesetzesvorlage gebilligt, die den Weg zu einer der weltweit liberalsten Abtreibungsregelungen ebnet: Die Tötung Ungeborener soll demnach bis zur 14. Woche straffrei bleiben; bei gesundheitlichen Gefahren für die Frau

oder schweren Missbildungen des Kindes auch bis zur 22. Woche. Sogar nach der 23. Woche sollen Abtreibungen mit ärztlicher Billigung möglich sein. Schwangerschaftsabbrüche wären in Spanien zudem künftig kostenlos. Der Gesetzesentwurf schränkt das Recht von Ärzten und Pflegepersonal ein, aus Gewissensgründen die Mitwirkung an einer Abtreibung zu verweigern.

Am 17. Oktober demonstrierten in der spanischen Hauptstadt Menschen aus allen Landesteilen gegen die Pläne der sozialistischen Regierung zur Lockerung des Abtreibungsrechts. Ein aus vierzig Organisationen bestehendes Aktions-



José Luis Rodríguez Zapatero

bündnis für das Leben mobilisierte gut 1,2 Millionen Menschen. Der Gesetzesvorschlag gebe werdende Mütter und ungeborene Kinder der »totalen Schutzlosigkeit« preis, erklärte Benigno Blanco, Präsident des spanischen Familienforums und Sprecher der Demonstrationsver-

stalter, auf der abendlichen Abschlusskundgebung vor der Puerta de Alcalá im Zentrum Madrids.

»Wir sind aber auch hier, um den werdenden Müttern zu zeigen, dass sie nicht

## Totale Schutzlosigkeit für werdende Mütter und ungeborene Kinder

alleine sind. Dass wir Millionen sind, die sie unterstützen werden«, sagte Blanco weiter. »Die Debatte wird weitergehen, solange es in Spanien eine einzige Abtreibung gibt.«

Auch der ehemalige spanische Ministerpräsident José María Aznar nahm mit 30 Parlamentariern seiner konservativen Oppositionspartei Partido Popular teil. In Portugal, Costa Rica und Kolumbien demonstrierten Lebensschützer zeitgleich vor den Botschaften Spaniens gegen die geplante Gesetzesänderung. Der Ständige Rat der spanischen Bischofskonferenz hatte das geplante Abtreibungsgesetz am 1. Oktober erneut als »schwere Ungerechtigkeit« und »ernsten Rückschlag für den Lebensschutz Ungeborener« verurteilt. Ausdrücklich verteidigten die Bischöfe die Teilnahme der Gläubigen an der Demonstration in Madrid als »legitim und angebracht«.

Im Erzbistum Mérida-Badajoz wurde wenige Tage vor der Massenkundgebung erstmals eine interreligiöse Erklärung für den Schutz des Lebens vorgestellt. Der Generalvikar unterzeichnete gemeinsam mit dem Präsidenten des Evangelischen Rates von Extremadura, dem Oberrabbiner von Lissabon und dem Imam der Moschee von Badajoz ein Manifest, das Abtreibung als »grausame Tat« verurteilt und den Schutz des ungeborenen Lebens als zentrale gesellschaftliche Frage nennt.